

FINANZKRISE

Rückkehr des Keynesianismus? Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze!

Der Keynesianismus ist zurück. Mancher reibt sich verwundert die Augen, galt John Maynard Keynes doch seit nunmehr rund dreißig Jahren als „dead dog“, dessen Staatsgläubigkeit man die ausufernde öffentliche Verschuldung, die hohen Inflationsraten sowie die steigende Arbeitslosigkeit der späten 1970er Jahre ankreidete. Die jetzige Krise zeige indes, so meinen viele, dass die Neo-Liberalen vom Schläge eines Milton Friedman in ihrem Glauben an die Rationalität privatwirtschaftlicher Entscheidungsträger und die daraus resultierende Selbstregulierung freier Märkte ihrerseits weit über das Ziel hinausgeschossen seien. Mit den üblichen neo-liberalen Therapien, das würden ja auch bekennende Wirtschaftsliberale eingestehen, sei der heutigen Krise jedenfalls nicht beizukommen.

Von Joachim Zweynert

Kein Zweifel, von John Maynard Keynes können wir heute eine Menge lernen. Denn anders als viele jener „Bastardkeynesianer“ (so seine Cambridger Kollegin Joan Robinson), die sein Werk im Zeitgeist des Machbarkeitswahns der 1960er und -70er darauf reduzieren wollten, eine Anleitung für eine nach allen Regeln der Ingenieurskunst zu betreibende Globalsteuerung zu liefern, war Keynes in erster Linie ein Ökonom der Unsicherheit. Wirtschaftliche Entscheidungsträger, so lehrte er, orientieren sich aufgrund ihrer Unsicherheit häufig an den Handlungen ihrer Mitmenschen. Daraus resultiere ein Herdentrieb, der im Boom zu übertriebenem Optimismus und in der Krise zu übertriebenem Pessimismus führe. Das ist der Kern jenes überraschend kurzen Abschnittes über die Entstehung von Wirtschaftskrisen, den wir in der *General Theory* finden. Und hier setzt auch Keynes' Therapie an: Wenn selbst ein Zinssatz von Null aufgrund pessimistischer Erwartungen die Investoren nicht zum Investieren und die Konsumenten nicht zum Kau-

fen anregen kann (Liquiditätsfalle), dann versagt die Geldpolitik, und der Staat muss durch umfangreiche Ausgabenprogramme selbst für Nachfrage sorgen. Die Aktualität von all dem ist offenkundig. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, dass der Herdentrieb entscheidenden Anteil an der *Subprime*-Krise hatte: Nachdem eine ausreichende Anzahl Wagemutiger vorangegangen war, wagte sich eine immer größere Zahl von Spielern aufs dünne Eis, das dadurch keineswegs dicker wurde. Und es gibt nur wenige Ökonomen, die nicht zumindest bereit sind, darüber zu diskutieren, ob ein staatliches Konjunkturprogramm in der heutigen Ausnahmesituation geboten ist, um einen Nachfrageimpuls zu setzen und Vertrauen wieder herzustellen. Soweit ist das heutige Keynes-Revival nur allzu berechtigt und als Ausdruck gesunden Pragmatismus sogar zu begrüßen.

In der heutigen Diskussion geht es aber um weit mehr als die Frage, ob John Maynard Keynes Erkenntnisse geliefert hat, die für

IN DIESER AUSGABE

Rückkehr des Keynesianismus? Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze! Seite 1/2

Kleine und mittlere Großstädte: Vielfältige Impulsgeber für Regionen Seite 3

Veranstaltungen und Publikationen Seite 4

die Gegenwart aktuell sind. Vielmehr wird mit Verweis auf ihn – und zunehmend sogar auf Karl Marx – das Ende des Neoliberalismus verkündet, dessen Vertrauen in freie Märkte in der Krise eindrucksvoll widerlegt worden sei. Und genau hier beginnt der gefährliche Trugschluss. Denn so unbestritten das Versagen vieler Marktteilnehmer auch ist, so wenig darf der Anteil des Staates an der Krise übersehen werden. Im Stile eines – allerdings in marktliberaler Rhetorik überaus versierten – Bastardkeynesianers (und in krassem Gegensatz zu den Empfehlungen eines Milton Friedman) flutete der damalige Präsident der US-Notenbank Alan Greenspan die Märkte immer dann mit Liquidität, wenn ein Abschwung zu befürchten war. Dabei war es gerade nach der *New Economy*-Blase eigentlich offenkundig, dass die überhitzte US-amerikanische Volkswirtschaft eine „Reinigungskrise“ (Schumpeter) gut gebrauchen konnte, um notwendige Strukturanpassungen zu vollziehen. Der Umstand, dass die Ausweitung der Geldmenge zunächst nicht auf die Verbraucherpreise durchschlug, schien diese Strategie zunächst zu bestätigen. Aber zusätzliche Liquidität versickert in einer Volkswirtschaft nicht einfach. Und es war alles andere als ein Zufall, dass sie vor allem in den US-amerikani-

schen Immobilienmarkt floss, von dem die Krise schließlich ihren Ausgang nahm. Es gehörte zum sozialpolitischen Traum des Roosevelt'schen *New Deal*, auch jenen Amerikanern zu einem eigenen Heim zu verhelfen, die sich das eigentlich gar nicht leisten konnten. Dafür wurden die halbstaatlichen Banken *Fannie Mae* (gegründet 1938) und *Freddie Mac* (gegründet 1968, um der *Fannie Mae* „Konkurrenz“ zu machen) geschaffen, und dafür wurde die Vergabe von *Subprime*-Krediten (Risikokrediten für sozial Schwache) auf vielfältige Weise staatlich gefördert. Beides, der Versuch, notwendige Strukturanpassungskrisen durch eine expansive Geldpolitik zu verhindern und ein staatliches Sozialbeglückungsprogramm gegen die Logik der Märkte zu verwirklichen, schuf erst jenes Umfeld, in dem private Akteure gehörig dazu beitragen konnten, dass Keynes' Depressionstheorie sich heute wieder steigender Beliebtheit erfreuen darf. Festzuhalten aber ist: Ausgelöst wurde diese Krise zu einem beträchtlichen Teil durch Konzepte, die sicher nicht im Sinne des großen pragmatischen Ökonomen John Maynard Keynes waren, durchaus aber im Sinne viele seiner heutigen Apologeten.

Wie aber steht es mit dem Hauptverdächtigen, dem Neoliberalismus? Zunächst einmal ist festzustellen, dass es „den“ Neoliberalismus nicht gibt und nie gegeben hat. Vielmehr muss deutlich zwischen den Lehren der *Chicago School* um Milton Friedman und dem deutschen Neoliberalismus eines Walter Eucken oder Wilhelm Röpke unterschieden werden. Während Friedman und seine Kollegen als Reaktion auf Keynes tatsächlich einen weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft befürworteten, verstanden die deutschen Neoliberalen ihr Gesellschaftskonzept ausdrücklich als einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Genau wie im Falle von Keynes entstanden ihre Ideen maßgeblich unter dem Eindruck der „Großen Depression“. Und Wilhelm Röpke demonstrierte in seinen viel beachteten konjunkturtheoretischen Schriften der frühen 1930er Jahre, dass man auch auf Grund-

lage der damals vorherrschenden liberalen Österreichischen Konjunkturtheorie zu der Erkenntnis gelangen konnte, dass im seltenen Fall einer „sekundären“, sich aufgrund pessimistischer Erwartungen selbst verstärkenden Krise nur staatliche Ausgabenprogramme den Weg aus der Krise weisen könnten. Anders als Keynes hüteten sich Eucken, Röpke und ihre Mitstreiter aber, aus dem kurzfristigen Ausnahmeszenario einer sich selbstverstärkenden Depression gleich eine *General Theory* ableiten zu wollen. In einem waren sie sich mit Keynes indes einig: Auch sie kamen zu der Erkenntnis, dass sich selbst überlassene Märkte durchaus nicht unter allen Umständen zu Stabilität und Selbstregulierung neigen. Das bedeutete für sie aber nicht, dass der Wirtschaftsprozess der permanenten wirtschaftspolitischen Steuerung bedürfe. Vielmehr solle der Staat der Wirtschaft durch klare und transparente Regeln einen Ordnungsrahmen vorgeben, innerhalb dessen er den privaten Akteuren freie Hand lassen müsse. Die wichtigste Maxime, an der sich ein solches Regelwerk zu orientieren habe, so Walter Eucken, sei das Haftungsprinzip: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen... Investitionen werden umso sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese haftet. Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen die Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte sorgfältig abzutasten.“

Nicht die viel kritisierte „Gier“ der Bankmanager an sich war der entscheidende Grund für die Krise. Denn die Effizienz der Marktwirtschaft beruht ja gerade darauf, dass die Wirtschaftssubjekte – Konsumenten wie Produzenten – ein „Mehr“ einem „Weniger“ vorziehen. Wo aber derjenige, der ein großes „Mehr“ einem kleineren „Mehr“ vorzieht, nicht für das dadurch zusätzlich entstehende Risiko haftet, wird ein konstituierendes Prinzip der Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt. Denn warum sollte ein Investor eine riskante Entscheidung sorgfältig überprüfen, wenn ihm (und dies auch nur dann, wenn der Verlust innerhalb weniger Monate eintritt!)

lediglich eine Kürzung der Bonuszahlungen droht? Dass Märkte unter solchen Bedingungen zu suboptimalen Ergebnissen führen, liegt nicht an ihrer mangelnden Funktionsfähigkeit, sondern an eklatanten Fehlanreizen.

Das Prinzip „Haftung“ wurde in den USA durch eine verhängnisvolle Mischung aus geldpolitischer Expansion, sozialpolitischem Dirigismus und laxer Regulierung der Kapitalmärkte außer Kraft gesetzt.

Die letzte der drei genannten Ursachen hat durchaus etwas mit falsch verstandenem wirtschaftspolitischen Liberalismus zu tun. Bekanntermaßen haben die kontinentaleuropäischen Regierungen – allen voran die deutsche – bei ihren US-amerikanischen und britischen Kollegen seit längerem auf strengere Regeln für die Finanzmärkte gedrungen, sind dabei aber immer wieder auf taube Ohren gestoßen. Die amerikanische Regierung scheint nun bereit zu sein, aus ihren Fehlern zu lernen.

Solche Krisen können künftig nur verhindert werden, indem der Staat der Wirtschaft eine Ordnung gibt, die für Transparenz sorgt und Fehlanreize minimiert, und sich ansonsten Eingriffen in den Wirtschaftsprozess so weit wie möglich enthält. Dazu gehört auch – Forderungen, die Neoliberale diesseits und jenseits des Atlantiks miteinander verbinden – die Geldpolitik zu verstetigen, und keine Sozialpolitik gegen die Gesetze des Marktes zu betreiben. Die Lehren des John Maynard Keynes („in the long run we are all dead“) werden uns möglicherweise kurzfristig helfen können, die heutige Krise zu überwinden. Ihre Ursache aber ist weit eher in vulgärkeynesianischen Verwerfungen zu suchen als im Vorherrschen neoliberalen Denkens. Wenn sich eine Lehre aus der Krise ziehen lässt, dann die, dass eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze dringend geboten ist, um solchen konstituierenden Prinzipien marktlichen Wirtschaftens wie dem Haftungsprinzip wieder zu jener Geltung zu verhelfen, ohne die die Marktwirtschaft langfristig nicht lebensfähig ist.